

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land

Amtliches
Publikations-Organ



Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolpe, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolpe 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3spalt. Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 52

Stolpe, Mittwoch, den 3. März 1926

50. Jahrgang

Eine Antwort an den Völkerbund.

Dr. Luther zur Frage der Ratsfrage.

Kanzlerrede in Hamburg.

Hamburg, 2. März. Abends fand im Rathaus aus Anlaß der Anwesenheit des Reichskanzlers ein vom Senat gegebenes Abendessen statt. Bürgermeister Petersen hieß als Präsident des Senats den Reichskanzler im Kaisersaal mit einer Ansprache willkommen. In seiner Antwortrede kam

Reichskanzler Dr. Luther

einleitend auf die innerpolitischen Krisen von 1924 und 1925 zu sprechen und erklärte dann u. a. folgendes: Die deutsche Politik ist seit Abschluß des Weltkrieges aus den Voraussetzungen der Lage Deutschlands heraus den Weg gegangen, danach zu streben, mit friedlichen Mitteln das durch den Krieg zerstörte Europa wieder aufzurichten. Nachdem auch außerhalb Deutschlands die Mächte die Oberhand gewannen, die diesen Weg anstrebten, konnte Deutschland mit erhöhtem Nachdruck um die Erreichung einer Lösung ringen, die den wirklichen Frieden bedeutet, der nur möglich ist, wenn Deutschland seiner Größe und inneren Bedeutung entsprechend wieder als Großmacht in den Kreis der Völker eintritt. Von der Erreichung des endgültigen Zieles sind wir freilich noch weit entfernt, worauf es für die praktische Politik ankommt, ist lediglich: jeder Schritt, den wir tun, muß uns weiter nach oben führen, wobei es oft freilich bleiben wird, ob nicht der einzelne Schritt noch größer hätte sein können. Der Locarno-Pakt wird erst durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wirksam. Hierbei muß ich leider einen Umstand erwähnen, der alsbald nach der Absendung unseres Eintrittsgesuches hervor-

treten ist. Für uns war es bei allen Erörterungen über den Eintritt Deutschlands ganz selbstverständlich, daß vor unserem Eintritt in den Völkerbund irgendwelche bedeutungsvollen Änderungen innerhalb des Völkerbundes nicht vorgenommen werden könnten. Ebenso selbstverständlich war, daß der Eintritt Deutschlands nur erfolgen kann, wenn wir einen ständigen Sitz im Völkerbund erhalten. Dies ist von allen beteiligten Regierungen anerkannt worden. Mit diesem Stand der Dinge ist es unvereinbar, wenn die Einräumung des ständigen Ratsplatzes an Deutschland mit einer weiteren Änderung der Zusammensetzung verbunden würde.

Wer auf Grund bestimmter Abreden seine Aufnahme in eine Organisation beantragt, darf erwarten, diese Organisation bei seinem Eintritt in unveränderter Gestalt vorzufinden. Es ist neuerdings gesagt worden, daß die Erweiterung des Rates ein längst in Aussicht genommener Plan sei, zu dessen Verwirklichung der deutsche Antrag jetzt die passende Gelegenheit biete. Wäre dem so, dann wäre doch wohl das Gegebene gewesen, die deutsche Regierung bei den Verhandlungen des letzten Jahres hiervon zu verständigen. Wir ist niemals auf der Tagesordnung der Bundesversammlung oder des Rates z. B. im September oder Dezember 1925 gestanden. Wir haben von derartigen Absichten erst Kenntnis erhalten durch die Presseerörterungen, die unmittelbar nach Ablegung unseres Völkerbundsantrages erfolgten.

Wom gleichen Schwergewicht ist aber für uns folgende Erwägung: So lange Deutschland noch nicht Mitglied des Völkerbundes ist, ist es überhaupt noch nicht zuständig, eine Meinung über etwaige künftige Veränderungen zu äußern. Erst wenn Deutschland Mitglied des Rates ist und durch praktische Erfahrungen Einblick in die Einzelheiten des Völkerbundsorganismus gewonnen hat, kann es in begründeter Weise zu etwaigen Anträgen auf eine anderweitige Zusammensetzung oder Organisation Stellung nehmen, denn es muß daran festhalten, daß es sich bei der Entscheidung über alle Veränderungen nicht um die Beziehungen zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten handeln solle, sondern um die Organisation und das Wohlergehen des Völkerbundes als solchen. Es ist für mich bei diesem Sachverhalt unfassbar, daß man es durch Ablegung unseres Standpunktes in der Frage der Ratsfrage dahin kommen lassen könnte, daß die großen Ergebnisse der Politik des letzten Jahres zerstört werden.

Deutschland steht mit seiner Auffassung nicht allein da. Unserer Abreise nach Genf oder jedenfalls in Genf selbst gelang Regierung mit aller Offenheit und im vollen Vertrauen dar- auf aus, daß auch die anderen Mitglieder des Völkerbundes dem Deutschen Reiche Vertrauen für seine künftige Haltung entgegenbringen.

Die Rede des Kanzlers wurde mit brausendem Beifall aufgenommen.

Kaum glaubliche Würdelosigkeit.

Berlin, 2. März. Das Parteiorgan der Zentrumspartei, die „Germania“, beschäftigt sich heute mit der Frage des polnischen Ratsplatzes. Das Blatt spricht sich zwar zunächst gegen die Zuteilung eines ständigen Sitzes an Polen bereits in der Märztagung aus, schreibt dann aber wörtlich:

„Eine andere Frage ist, ob Polen bei der nächsten Gelegenheit, wenn der Rat erneuert wird, also vermutlich im September 1926, nicht mit guten (!) Gründen einen nichtständigen Ratsplatz verlangen kann. Es scheint uns durchaus nicht selbstverständlich, daß eine besonnene deutsche Politik, die auf gute nachbarliche Beziehungen zu Polen Wert legt, einem solchen weise beschränkten Anspruch Polens ihre Zustimmung versagen wird.“

So weit die „Germania“. Es braucht wohl nicht weiter betont zu werden, daß es absolut gleichgültig ist, ob Polen nicht schon im März, sondern erst im September seinen Ratsplatz erhält. In beiden Fällen wird die Blamage für die deutsche Regierung gleich groß sein, in beiden Fällen wird die deutsche Würde und das deutsche Ansehen in der Welt einen gleich schweren Stoß erhalten. Daß das Zentrum sich für die Aspirationen einsetzt, wird allerdings niemand wundern, der sich erinnert, daß gerade diese Partei bei allen wichtigen Gelegenheiten, wenn das deutsche Prestige auf dem Spiele stand, eine Politik der Würdelosigkeit und des Nachgebens befürwortet und eingeschlagen hat.

Hindenburgtag in Leipzig.

Der Reichspräsident auf der Messe.

Der Reichspräsident von Hindenburg, Reichsjustizminister Dr. Marx, Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, Reichsfinanzminister Dr. Reinhold, Staatssekretär Dr. Weiskner, Major von Hindenburg und der sächsische Gesandte in Berlin, Dr. Gradnauer, trafen am Dienstag zum Besuche in Leipzig ein.

Begrüßung am Bahnhof.

Der Reichspräsident wurde am Schlage des Salontwagens von dem sächsischen Ministerpräsidenten Heldt und Oberbürgermeister Dr. Rothe begrüßt. Es folgte eine Vorstellung der am Zuge versammelten prominenten Persönlichkeiten, zu denen u. a. Reichsgerichtspräsident Dr. Simons und Oberreichsanwalt Dr. Ebermayer zählten.

Dann begab man sich, während das Publikum und die Fahrgäste der Züge in brausende Rufe ausbrachen, nach dem Ausgang des Bahnhofs. Auf dem Platz vor dem Gebäude hatte eine Ehrenkompanie des Reichswehrrinfanterie-Regiment Nr. 11 Aufstellung genommen. Der Reichspräsident wurde mit den Klängen eines Präsentiermarsches empfangen, der sich alsbald in das Deutschlandlied fortsetzte. Zunächst schritt Hindenburg an der Seite des Standortältesten, Oberst Kranz, die Front ab und nahm darauf den Vorbeimarsch der Kompanie ab. Vom Hauptbahnhof aus erfolgte die Fahrt zum Messegebäude. Bei Betreten der Technischen Messe wurde der Reichspräsident durch den Vorstand des Leipziger Messenamtes, Direktor Dr. Köhler, mit einer Ansprache begrüßt, in der der Redner über

die Bedeutung der Leipziger Messe

unter anderem ausführte: Die Leipziger Messe hat sich vom Mittelalter bis zur heutigen Zeit des drahtlosen Nachrichtenverkehrs und des Flugdienstes in ununterbrochener Entwicklung den wechselnden Formen des Welthandels immer von neuem angepaßt. Das gesamte Angebot trifft hier auf die gesamte Nachfrage. Die Einkäufer finden hier wie in einer Art Großhandels-Warenhaus alles, was die Produktion bietet, zu derselben Zeit und an demselben Ort zusammen.

94 Prozent der in den letzten Jahren durchschnittlich 12 000 Aussteller der Leipziger Messe sind Deutsche. Daraus ergibt sich der Charakter der Leipziger Messe als gesamtdeutsche Einrichtung und die Notwendigkeit ihrer Förderung durch alle behördlichen Stellen. Mit Zustimmung der deutschen Messe-Industrie selbst steht die Leipziger Messe auch dem Auslande offen, soweit es seine Produkte hier zum Verkauf stellen will. Viel stärker denn als Aussteller ist aber das Ausland regelmäßig als Einkäufer vertreten. Jeder siebente bis achte Einkäufer auf der Leipziger Messe ist Ausländer.

Die Ausländer, vor allem aber die Ueberseer, sind daher im Durchschnitt größere Einkäufer als die Deutschen, besonders aus den mitteldeutschen Provinzen. Der Zweck der Messe ist die deutsche Volkswirtschaft durch das Mittel der Ausfuhr zu fördern. Die Arbeit des Messenamts würde erst dann überflüssig werden, wenn Deutschland nicht mehr zu exportieren brauchte.

Die Weltgeltung Leipzigs

ist nur aufrecht zu erhalten durch eine weltumfassende Propaganda; für diese Zwecke wird der größte Teil der dem Messamt für die Zwecke der Exportförderung zur Verfügung stehenden Mittel verbraucht. Die Not der Zeit macht uns strengste Sparsamkeit zur gebieterischen Pflicht. Überall, wo die deutschen Waren mit Erfolg abgesetzt werden können, haben wir deshalb ehrenamtliche Vertretungen geschaffen; an den wichtigsten Plätzen werden neuerdings Geschäftsstellen des Messamtes eingerichtet. Zur Zeit sind wir im Ausland an 132 Plätzen und im Inland an 145 Orten vertreten. In diesem Netz der ehrenamtlichen Vertretungen liegt der Schwerpunkt unserer Organisation.“

Namens der sächsischen Regierung hielt der Ministerpräsident Heldt eine Begrüßungsansprache, auf die Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius in längerer Rede antwortete.

Das Frühstück beim Reichsgerichtspräsidenten.

Nach einem Rundgang durch die Technische Messe fuhr der Reichspräsident am Völkerschlachtdenkmal vorbei nach dem Reichsgericht, wo sich unter Führung des Reichsgerichtspräsidenten die Mitglieder des Reichsgerichts und der Reichsanwalt sowie der Reichsanwaltschaft eingefunden hatten. Reichsgerichtspräsident Dr. Simons gab in seiner Ansprache der Freude des Reichsgerichts Ausdruck, daß der Reichspräsident durch den Besuch bekunde, wie hoch er die Aufgabe der deutschen Rechtsprechung einschätze. Der Fehlbarkeit aller Urteile seien sich die Mitglieder des Reichsgerichts bewußt, sie würden aber nichts stärker beklagen, als das Eindringen politischer Meinungskämpfe in die höchste Gerichtsbehörde des Reiches. Mit einem Hoch auf den Reichspräsidenten, den Schützer des Rechts und der Verfassung, schloß Simons seine Rede.

Hindenburgs Antwort.

In seiner Antwort dankte Hindenburg für die freundliche Begrüßung und betonte, daß der Reichsgerichtspräsident in seinem Besuch mit Recht einen Beweis für die Bedeutung erblicken könne, die er der Rechtspflege beimesse. Gerechtigkeit sei die Grundlage und Seele des Staates. In unserer von politischen Meinungskämpfen erfüllten Zeit gelte es mehr denn je, ein hochstehendes Richteramt zu erhalten und jede Antastung seiner Unabhängigkeit abzuwehren.

An die Rede des Reichspräsidenten schloß sich die persönliche Vorstellung der Mitglieder des Reichsgerichts. Darauf fand in der Dienstwohnung des Reichsgerichtspräsidenten ein Frühstück statt. Unter Führung des Oberbürgermeisters unternahm dann der Reichspräsident im Kraftwagen eine Rundfahrt durch die Stadt, an den inneren Messenständen der Stadt vorbei. Den Abschluß bildete ein Empfangsabend im Rathaus.

Die Kriegsbeschädigten-Fürsorge.

Aus dem Reichstag.

Berlin, 2. März.

Der Reichstag genehmigte heute zunächst in zweiter und dritter Lesung eine Vorlage zur Änderung des Finanzausgleichs, wonach der Zeitpunkt für die Erhebung der vollen Friedensmiete auf den 1. Juli verschoben wird.

Die zweite Lesung des Reichshaushaltsplans wird dann fortgesetzt, und zwar beim Reichsarbeitsministerium. Beim Verordnungswesen stellt Abg. Hoffmann (Soz.) fest, daß der allgemeine Pensionsfonds eine Ausgabe von mehr als 1,5 Milliarden vorsieht, das sind 42 Prozent sämtlicher Reichsausgaben. Es sind jetzt 663 000 Kriegsbeschädigte, 372 000 Witwen, mehr als eine Million Waisen und 193 000 Eltern zu versorgen. Dazu treten noch 44 000 ehemalige Offiziere und Militärbeamte. Von diesen Personen seien 2732 blind, 39 580 tuberkulös, 4990 geisteskrank, und 66 130 haben entweder ein Bein oder einen Arm oder beide Beine oder beide Arme verloren. Es müsse endlich eine Revision des Schwerbeschädigtenrechts erfolgen. Notwendig sei die gesetzliche Fürsorge für die Kriegerhinterbliebenen.

Die Abgg. Giesberts (Ztr.), Koch-Düffelberg (Deutschn.), Gerig (Ztr.), Liedt (Kom.) und Hoffmann-Ludwigshafen (Ztr.), bringen eine Reihe weiterer Wünsche für die Kriegsbeschädigten und Arbeitsinvaliden vor.

Abg. Lude (W. B.) verlangt die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft, die die Hauptursache der Wohnungsnot sei. Mit der Hauszinssteuer sei dem Wohnungsmangel nicht beizukommen. Der private Hausbesitz habe vor dem Kriege ausreichend Wohnungen beschafft. Er würde das nach Befreiung der Zwangswirtschaft auch jetzt wieder tun.

Reichsarbeitsminister Brauns betont, daß die Reichsregierung dem Schutz der Jugend ihre volle Aufmerksamkeit schenke. Das Schulalter der Jugendlichen soll auf 18 Jahre ausgedehnt werden. Jugendliche unter 18 Jahren würden im Ruhrbergbau unter Tag überhaupt nicht mehr beschäftigt. Nur im Mansfelder Kupferbergbau liegen noch besondere Verhältnisse vor, so daß die Beschäftigung der Jugendlichen unter Tag nicht mit einem Schläge beseitigt werden könne.

Das Jugendschutzgesetz soll nächstens dem Kabinett vorgelegt werden. Im übrigen bittet der Minister um Geduld, da man im vergangenen Jahre nicht weniger als 144 neue Gesetze von ihm verlangt habe.

Abg. Schulz-Bromberg (Deutschn.) fordert eine sofortige auswärtige Debatte. Der Reichstag müsse zur Völkerbündnisfrage Stellung nehmen, ehe Deutschlands Vertretung nach Genf gehe. — Der Antrag wird abgelehnt.

Es folgt die zweite Lesung des Haushaltes des Reichswehrministeriums. Abg. Stüdtgen (Soz.) berichtet über die Ausschussverhandlungen. Darauf wurden die Beratungen abgebrochen. Mittwoch 1 Uhr: Weiterberatung.

Die Not der Winzer.

Aus dem Preussischen Landtag.

Berlin, 2. März.

Der Landtag erledigte zunächst eine Reihe kleiner Vorträge. Abg. Winterich (Rom.) begründet dann einen nachträglich auf Tagesordnung gesetzten Antrag seiner Fraktion, der sich mit den Vorgängen in Bernkastel beschäftigt. Es wird darin gefordert, daß alle etwa noch verhafteten Winzer aus der Haft entlassen und die Strafverfahren gegen die an den Unruhen Beteiligten sofort eingestellt werden. Ferner wird die Niederschlagung der bisher gestundeten Steuern und die sofortige Bereitstellung von zinslosen Staatskrediten an die Weinbauern verlangt, sowie die sofortige Aufhebung der Weinsteuer, Zuckersteuer, Umsatzsteuer und der sonstigen die kleinen Winzer belastenden Steuern.

Abg. Schwedt (Deutschn.) begründet den deutschnationalen Antrag, in dem es heißt, daß ein Stand von etwa 300 000 Personen nicht dem Elend verfallen dürfe. Daher müsse Niederschlagung und Erlaß der Staatssteuer verlangt werden und auch die Berücksichtigung der Winzerinteressen bei Festsetzung der Weinzollsätze bei den Handelsvertragsverhandlungen.

In der weiteren Aussprache wird von den verschiedenen Rednern Nachprüfung der Anträge im Ausschuss verlangt. Darauf werden sämtliche Anträge dem Hauptausschuss überwiesen. Dann folgt die Fortsetzung der Aussprache über das

Ministerium des Innern.

Abg. von Cynern (D. Vpt.) erklärte, bei der Beratung der Städteordnung habe sich Minister Severing nicht gerade als „Fachminister“ gezeigt, insofern, als er bei den Sitzungen fast niemals anwesend war. Seine Partei könne seinem Ermächtigungsgesetz zur Zusammenlegung kleiner Kreise nicht zustimmen. Mit einer Vereinfachung der Verordnung sei sie jedoch einverstanden. Es können allerdings nicht etwa die Oberpräsidenten allein übrig bleiben. Wenn man für den neuen Staat werben wolle, sollte die Auswahl der Beamten, die in die Provinz geschickt werden, sorgfältig erfolgen. Der Redner wendet sich gegen die übertriebene politische Gesinnungsbeobachtung der Beamten und erklärt, auch in der Flaggenfrage setze sich die Radikalpolitik fort. Die übermäßigen Ausgabenbedürfnisse der Kommunen müssen abgebaut werden.

Darauf nahm Minister Severing das Wort und erklärte, der von den Deutschnationalen verlangten Beantwortung ihrer Großen Anträge über Erleichterung der Besatzung im Rheinlande und über den Abstimmungszeitpunkt im Saargebiet könne er nicht entsprechen. Er habe schon gestern zu verstehen gegeben, daß er nicht in der Lage sei, spezielle Auskünfte darüber zu geben (1).

Darauf wendet sich Herr Severing der Besprechung des Etats zu. Bei dem Projekt der Zusammenlegung von Landkreisen lasse sich die Regierung lediglich von Sparsamkeitsgründen leiten. Die einschlägigen Gesetzesarbeiten seien abgeschlossen. Es liege nicht an seiner Person, wenn die große Verwaltungsreform nicht schneller vor sich gehe. Auch der Landtag könne sparen. Er werde jedem Versuch, auf dem Wege der Gewalt eine Aenderung der Verfassung herbeizuführen, auch heute ebenso stark entgegenzutreten wie früher. Der Minister weist den Angriff des Abg. von Cynern zurück und erklärt, die

Vom Glück vergessen.

Roman von Fr. Lehne.

32. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten).

Und da tauchte ein Gedanke in ihr auf, ein Gedanke, der ihr das Blut in die Wangen trieb — möchte er dich doch küßen! Wie süß müßte das sein! Sie schaute sich danach. Sie hatte doch keinen geküßt — ihr Mund war rein! Sie blickte ihn an und las den gleichen Wunsch in seinen Augen.

Schau sah sie nach Gwendoline, und beinahe störend empfand sie deren Anwesenheit jetzt. Warum ging sie nicht hinaus und sah nach dem Wetter, wie vorher?

War es Maria Christinas Wunsch oder Gwendolines Anrede, die das schöne, blonde Mädchen hinaustrieb in den strömenden Regen, nachzusehen, ob der Himmel nicht bald ein Einsehen habe?

Nun waren Sie allein. Er hielt ihre Hand fest.

„Christa“, flüsterte er, „so heißen Sie doch — so hörte ich Sie nennen.“ und er legte seine Lippen auf ihre Hand. Sie schauerte zusammen. Da hob er ihr Kinn in die Höhe und sah mit heißem, zärtlichem Blick in ihre strahlenden Augen.

„Liebe, süße Christa!“

Ihre Blicke wurzelten ineinander. Näher kam sein Gesicht dem ihren; sie bog ihm nicht aus — und dann küßte sie plötzlich in süßem Schauer seinen Mund auf ihren Lippen. Sie wehrte ihm nicht. Er riß sie an sich, und einen Herzschlag lang lag sie an seiner Brust.

„Christa, gelte ich Ihnen etwas?“

„Ja, ja,“ und sie bot ihm in einer unbeschreiblich süßen schauernden Hingabe die Lippen, daß er sie wieder küßte. Hätte er geahnt, daß dieses fremde schöne Mädchen in diesen wenigen Minuten das einzige, flüchtige Glück ihres Lebens suchte, das sie verschwiegen und verstoßen auskosten wollte, um davon ihr ganzes künftiges Leben lang zu zehren!

Nur widerstrebend gab er sie frei.

„Sind Sie mir böse, Christa?“ fragte er, wie von Neuem eifrig, daß er wohl das Alleinsein mißbraucht.

„Nein, gar nicht!“ lächelte sie ihn an.

In zarter Huldigung küßte er abtötend die schmale, weiße Mädchenhand, an der ein kostbarer Brillantring funkelte. Die dämmerige Hütte war voll strahlenden Lichtes für Christa. Nun hatte sie das Wunderbare erlebt, wonach sie sich gefehnt, und sie empfand keine Reue darüber, daß sie ihren Mädchenstolz vergaß.

Gwendoline kam wieder herein.

republikanische Staatsform gelte nicht allein für Preußen, sondern auch für Mecklenburg, Thüringen und Bayern. In der Frage der preussischen Fahne und der Reichsflagge gebe es in seinem Ministerium keinen Streit. Der Minister wendet sich dann in der Staatsberatung des erwähnten Einzelfalles dem Thema

Personalpolitik

zu. Der Minister „rechtfertigt“ sein Vorgehen gegen den Landrat Cramer und weist die gegen den Oberpräsidenten Siehr gerichteten Angriffe zurück. Heute seien die Herren Deutschnationalen in Ostpreußen von einem Selbstbewußtsein erfüllt, das kaum begreiflich erscheint. Der Minister geht dann noch auf Einzelfälle ein und weist auch den Vorwurf des Abg. Baekler zurück, der ihm Feindschaft gegen die Presse vorgeworfen habe. Die Blätter, die die Wahrheit nicht sprechen und als Kreisblätter gegen die Regierung heizen, seien selbst daran schuld, wenn er gegen sie vorgehe. Seine Haltung nach der Rede des Generals Sirt von Arnim habe mit dem Andenken an die Opfer des Weltkrieges nichts zu tun. Er sehe auch nicht ein, welche Gründe für ihn dagegen sprechen sollen, wenn das Gemeindeparlament in Berlin beschließt, den Königsplatz umzutauschen. Der Minister wendet sich zu den Kommunisten und erklärt, er werde jeden Versuch von kommunistischer Seite, die öffentliche Ruhe zu stören, im Keime ersticken. Die Reichswehr habe in den Jahren 1920 bis 1925 nichts getan, in Preußen die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Der Redner erklärt, das sei sein Stolz und der Stolz der Verwaltung, daß sie die Reichswehr nicht einzusetzen brauchten. Der Angriff des Abg. Baekler, als sei er, der Minister, an dem schlechten Ausgang des Ruhrkampfes schuld, ließe ihn kühl. Er sei der Überzeugung, daß, wenn die Pläne der unverantwortlichen Organisationen sich damals verwirklicht hätten, es dann nicht nur mit dem Rhein- und Ruhrkampf, sondern auch mit dem Leben der Bevölkerung aus gewesen wäre. Der Minister schloß seine Ausführungen, er sei stolz darauf, daß das preussische Innenministerium stets nationale und deutsche Politik getrieben habe und daß er selbst dabei habe mitwirken können. (Sehr. Beifall links und in der Mitte, Zischen rechts.)

Darauf vertagte das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 12 Uhr.

Der Rücktritt Dr. Winklers.

Berlin, 2. März. Das Rücktrittschreiben, das der Parteivorstand Dr. Winkler an die Mitglieder der Parteivertretung der Deutschnationalen Volkspartei richtete, hat folgenden Wortlaut:

„Nachdem der von der Parteivertretung zur Ausarbeitung von Aenderungen der Parteisatzungen eingesetzte Ausschuss seine Arbeit beendet und die Parteileitung zu dessen Vorschlägen Stellung genommen hat, soll die zur Beschlussfassung über die Satzungsänderungen in Aussicht genommene Sitzung der Parteivertretung am 24. März stattfinden die Einladung und die Tagesordnung werden den Mitgliedern demnächst zugehen. Vorher liegt mir daran, den Mitgliedern davon Kenntnis zu geben, daß die Tagesordnung eine wesentliche Erweiterung erfahren wird. Ich habe im Herbst 1924 in kritischer Zeit trotz schwerer Bedenken das Amt des Parteivorstehenden übernommen und nie ein Hehl daraus gemacht, daß ich es nur eine gewisse Zeit würde führen können. Der Umstand, daß ich nicht dem Reichstage angehörte und auch ein Reichstagsmandat nicht würde auf mich nehmen können, war mein wichtigstes Bedenken und meine Nichtzugehörigkeit zum Reichstage erschwerte mir auch tatsächlich die Führung des Amtes. Trotzdem würde ich es bis zum Ende dieses Jahres fortführen, wenn nicht im Dezember vorigen Jahres zu meinen vielfachen Tätigkeiten ein verantwortungsvolles kirchliches Amt hinzugekommen wäre. Nachdem dies geschehen, wollte ich den jetzt bevorstehenden Zusammentritt der Parteivertretung nicht vorübergehen lassen, ohne die mir erwünschte Entlastung durch Wahl eines anderen Parteivorstehenden herbeizuführen. Die Parteileitung hat sich der Berechtigung meines Wunsches nicht

„Kein Aufhören, Christa!“

Sie sah so trostlos und verzweifelt dabei aus, daß die Angeredete lachte. „Aber Liebste, was ist da schlimm? Und morgen wird die Sonne wieder scheinen!“

Gwendoline war sehr verwundert; die Sorglosigkeit der Prinzessin schien ihr unbegreiflich.

„Christa, man ängstigt sich um uns! Wollen wir nicht doch lieber gehen?“

„Aber Gwendoline, du wirst ja na!“

„Mehr als ich es bin, kann ich es nicht werden! Du bist durch einen Regentragen geschützt, und das Gewitter ist so ziemlich vorbei!“

„Warum drängen Sie so, gnädiges Fräulein?“ fragte Doktor Ivers, „ich bin untröstlich, daß ich den Damen mit nichts dienen kann! Mein Wettermantel hängt daheim in guter Hut!“

„Bitte, lassen Sie uns dennoch den Versuch machen zu gehen, Herr Doktor, ich bin so voller Unruhe — ich habe Pflichten zu erfüllen!“

Als Arzt kann ich es eigentlich nicht verantworten, Ihre wegen, gnädiges Fräulein!“

„O, ich bin abgehärtet, und sollte ich dennoch krank werden, werde ich Sie konsultieren, Herr Doktor,“ sie zwang sich zu einem Lächeln, „komm, Christa, — ich bitte dich!“

Sie küßte die Prinzessin in den langen Regentragen, legte ihr ein Taschentuch um den Hals und die Kapuze über den Kopf — so war Christa wenigstens vor der Nässe geschützt. Mit kaum vermindertem Gewalt strömte der Regen hernieder, wenn auch das Gewitter sich verzogen hatte. Die Bäume gewährten kaum Schutz. Gwendoline triefte vor Nässe; die dünne, weiße Bluse klebte förmlich an ihrem schönen, kräftigen Oberkörper. Doch sie achtete nicht auf sich — ihre ganze Sorge galt der Prinzessin, diesem zarten, verwöhnten Wesen, das merkwürdigerweise dieses Regenwetter mit strahlender Laune aufnahm.

„Herr Doktor, wir sind jetzt bald am Ziele! Bitte, lassen Sie uns allein weitergehen!“ sagte Gwendoline, unter einem breitblättrigen Baum stehen bleibend, indem sie ihm verabschiedend die Hand reichte.

Er bat um ein Wiedersehen. Lebend sah Christa auf die Freundin: „Bestimme du!“

„Ich weiß doch nicht, Christa, wie morgen das Wetter ist und ob wir wieder Erlaubnis bekommen,“ versetzte sie zögernd. Es ging doch nicht, was Christa sich da in ihrem romantischen Sinn ausmalte. Was sollte dann werden, wenn die Prinzessin-Mutter zurückkam?

verschlossen und ist mit mir der Meinung, daß der gegenwärtige Zeitpunkt ein für diese Wahl durchaus geeigneter ist. Die Wahl wird deshalb mit auf die Tagesordnung des 24. März gesetzt werden.“

Auslands-Rundschau.

Gegen die tschechischen Sprachverordnungen.

Die Sudetendeutschen veranstalteten am Sonntag große Kundgebungen gegen die Sprachverordnungen der tschechischen Regierung. In den meisten Versammlungen wurde eine von Senator Dr. Brunar entworfene Entschließung einstimmig angenommen, in der schärfster Protest gegen die Sprachverordnungen erhoben wird. Die Entschließung stellt fest, daß die Verordnungen einen Bruch des Rechts und der Berechtigung darstellen. Es heißt dann weiter: „Wir weigern uns, die Verordnung als gültig anzuerkennen. Einig in dem Willen, das uns angetane Unrecht mit allen Mitteln zu beseitigen, fordern wir die Volksvertreter zu rücksichtslosem Kampf in schärfster Form auf und geloben ihnen dabei opferbereite Gefolgschaft.“ In Teplitz gelobten sich nach Schluß der Versammlung ein großer Zug, der unter dem Gesang der „Wacht am Rhein“ und des Deutschlandliedes zum Marktplatz 399. Als hier der deutschnationalen Abgeordnete Kalina eine Ansprache hielt, wurde die Versammlung durch Gendarmen auseinander gesprengt.

Volksleben und Wirtschaft.

Der erste Tag der Leipziger Messe. Die Eröffnung der diesjährigen Frühjahrsmesse erhielt ihr besonderes Gepräge durch die verschiedenen neuerstandenen Messehäuser. In Anwesenheit zahlreicher Behörden, sowie von Vertretern anderer öffentlicher Körperschaften, fand die Eröffnung des neu errichteten Ring-Messehauses statt. Obwohl die allgemeine Wirtschaftslage den Besuch der Messe stark einschränkt, herrscht in den Kreisen der Aussteller einigermaßen Zuversicht. Man hört auch bereits vereinzelt, daß schon am ersten Tage gute Umsätze erzielt worden sind. Das gilt namentlich von der Textilmesse, wo sich das Hauptinteresse auf die Kunstfaserausstellung konzentriert. Die Technische Messe erfreute sich bereits am ersten Tage recht lebhaften Besuches. Bis Mittag wurden hier 27 000 Besucher gezählt.

Die Reichs-Gastwirts-Messe verlegt. Obwohl die für die Zeit von 14. bis 18. März 1926 geplante Reichs-Gastwirts-messe durchaus gestrichelt war, hat sich der Deutsche Gastwirtsverband in anbetrachter der augenblicklich herrschenden schwierigen wirtschaftlichen Lage im Gastwirts-gewerbe entschlossen, die Messe auf einen späteren Zeitpunkt zu verlegen, und zwar auf dem 2. bis 6. Mai.

Vermischtes.

Auf dem Wege nach Brasilien. Auf dem von Hamburg nach Brasilien abgegangenen Stinnesdampfer „General Belgrano“ befinden sich 800 Wolgadeutsche, die ihre bisherigen russischen Wohnsitze verlassen haben, um sich in Brasilien anzusiedeln.

Schwere Wirtschaftskrise auch in Norwegen. Der norwegische Arbeitgeberverein hat sämtliche Abmachungen, deren Kündigungstermin am 1. März ist, gekündigt. Unter diesen befinden sich die Uebereinkommen in der Bergwerks- und Metallindustrie. Unter Hinzurechnung der früher ausgesprochenen Kündigungen werden von der Maßnahme etwa 40 000 Arbeiter betroffen.

Wieder ein Posteinbruch. Von Einbrechern, wahrscheinlich gewerbsmäßigen Geldschrankeinbrechern aus Berlin, wurde das Postamt Letzlin bei Frankfurt a. d. Oder heimgesucht. Die Verbrecher knabberten den Geldschrank auf und stahlen daraus 7000 Mark bares Geld und für 13 000 Mark Wertzeichen aller Art, Briefe, Steuer-, Invaliden- und Wechselstempelsteuermarken. Im Hause hörte niemand etwas von dem Einbruch.

„Wir werden Ihnen schreiben, Herr Doktor. Meine Adresse ist Gwendoline Reinhardt. Sollten Sie uns etwas mitzuteilen haben, schreiben Sie mir, bitte, postlagernd. Es sind da so verschiedene Mütter und Tanten — Sie verstehen!“

Gwendoline ging schon wieder weiter, von ihrer Unruhe getrieben. Verstohlen küßte Dr. Ivers Maria Christinas Hand zum Abschied.

Die Prinzessin gab es auf keinen Fall zu, daß Gwendoline sich vor Villa „Waldbuch“ verabschiedete. Sie mußte mit ihr, durchnäht wie sie war.

Händeringend empfing Gräfin Limbach die jungen Mädchen.

„Soheit, ich bin beinahe gestorben vor Angst! Mein Gott, jammerte sie, „und wenn Soheit zurückkommen — wie soll ich vor Soheit bestehen!“

„Mama kommt aber doch noch nicht!“ Maria Christina wurde ein wenig ungeduldig; diese ewigen Lamentationen langweilten sie allmählich.

„Verzeihung, Soheit, daß ich widersprechen muß! Doch ein Telegramm meldet Soheits Ankunft für heute abend!“

Da erlosch jäh aller Glanz in Maria Christinas Gesicht.

„Heute abend!“ murmelte sie und dachte, morgen würde sie ihn nicht sehen können! Ihre blassen Lippen lächelten müde.

„Meine gute Gräfin, wir werden eben Mama nichts von dieser Eskapade sagen, die mir — ich darf wohl behaupten — sehr gut bekommen ist. Besser als meiner lieben Baroness!“

Sie haben gar keine Ahnung von dem erhabenen Schauspiel der entfesselten Naturgewalten hier von Ihrem „sicheren Heften“ aus!“ Eine kühle, etwas hochmütige Abwehr klang aus ihrer Stimme. Dann faßte sie Gwendoline unter dem Arm.

„Kommen Sie, meine Liebe, damit Sie endlich trockene Kleidung auf den Körper bekommen. Ich lege mich inzwischen auf ein halbes Stündchen, damit ich frisch bei Mamas Ankunft bin.“

Mit Hilfe Maria Christinas Jungfer, die sie trocken richtete, zog sich Gwendoline vollständig um. Feinste Watteputz und ein zartgrünes Solettenkleid lagen für sie bereit.

„Ich hab's nur einmal getragen, Liebste, mache mir die Freude und trage es zum Andenken an heute!“ Maria Christina ließ Gwendolines Einpruß nicht gelten. Sie ruhte, in ein bequemes Hausgewand gehüllt, auf dem Divan und ließ sich von der Freundin Tee reichen.

„Die gute Limbach geht mir manchmal auf die Nerven! Könntest du immer mit mich sein!“

(Fortsetzung folgt.)

...aber was? Rahma-buttergleich

MARGARINE

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Bekanntmachung vom 1. März 1926 betr. Volksbegehren unter Ikd Nr. 4 und 5 wird wie folgt geändert:

- Als Ausweis sind mitzubringen:
Die Wahlarten (Wahlweise) für die Provinziallandtagswahl am 29. November v. Js. oder sofern diese nicht mehr vorhanden sind, Familienbücher, Invalidenkarten oder sonstige Legitimationspapiere, durch welche der Inhaber zweifelsfrei ausgewiesen wird.
- Zur Eintragung ist zugelassen, wer in die zuletzt abgeschlossen oder laufend geführten Stimmliste oder Stimmkartei — d. i. die bei der Provinziallandtagswahl am 29. November v. Js. benutzte Stimmliste oder Stimmkartei — eingetragen ist, es sei denn, daß das Stimmrecht inzwischen verloren gegangen ist oder während der Eintragungsrfrist ruht. Andere Personen dürfen zur Eintragung nur zugelassen werden, wenn sie einen Eintragungsschein besitzen.

Stolp den 2. März 1926.
Der Magistrat.

Betrifft:

Aufnahmeprüfung an höheren Schulen.

Die Prüfung und Aufnahme von Schülern und Schülerinnen für das Schuljahr 1926/27 findet für die Klasse VI der höheren Schulen am Sonnabend, den 27. März statt.

Die Prüfung beginnt am Gymnasium und an der Oberrealschule um 10 Uhr und am Lyzeum um 8 Uhr.

Für die übrigen Klassen beider Schulen ist die Aufnahmeprüfung auf Dienstag, den 13. April vormittags 9 Uhr festgesetzt.

Mitzubringen sind: das letzte Schulzeugnis, Geburtsurkunde, Impfschein und Schreibgerät.

Stolp, den 26. Februar 1926

Der Magistrat.

Freitag, 5., u. Sonnabend, 6. März
abends 8 Uhr im **Jugendheim:**

Zwei Experimental - Abende
moderner Wunder von

Leonard Bellachini

Karten von 80 J bis 1,50 und Steuer in der Musikalienhandlung **Felix Albrecht** und an der Abendkasse.

Stolper Volkshochschule.

Vorlesungen im März.

Rechtsanwalt Bernheim: „Aufwertungsfragen unter besonderer Berücksichtigung der neuesten Rechtsprechung.“ 3 Vorlesungen. Beginn: Montag, den 1. März, 8 Uhr Zimmer 15 im Gymnasium. Hörerbeitrag 1,50 Mk.

Studienrat Schroeder: „Das Licht und die Farben.“ 4 Vorlesungen. Beginn: Donnerstag, den 4. März, 8 Uhr im Physikzimmer des Gymnasiums Hörerbeitrag 2 Mark. Eintrittskarten im Büro der Volkshochschule.

Börsen-Interessenten

erhalten unsere wöchentlichen Börsenberichte auf Wunsch gratis regelmäßig zugesandt.

v. Bischoffshausen & Co., Bankgeschäft
Berlin S. W. 68, Friedrichstraße 207.

Zur Lieferung Frühjahr ist es jetzt Zeit
**den Grabstein
das Grabkreuz
die Grabswellen**

zu bestellen
500 Stück zur Auswahl.

Auf Wunsch günstige Zahlungsbedingungen.

Adolf Peglow, Stolp

Bäckerstr. 24 Tel. 282.
Grabenmalfabrik mit Maschinenbetrieb.

Aufruf

an unsere Mitglieder und Parteifreunde in Stolp Stadt und Land.

Die Sozialdemokraten im Verein mit den Kommunisten haben einen Ausschuss zur Durchführung eines Volksentscheides für entschädigungslose Enteignung der Fürsten gebildet und zu diesem Zwecke Listen an die amtlichen Unterorgane geschickt, die auf Grund des Gesetzes verpflichtet sind, diese Listen auszulegen.

Gleichzeitig fordern sie dazu in öffentlich ausgehängten Plakaten auf, Unterschriften unter dieses Schanddokument zu setzen.

Wir brauchen unsere Mitglieder und politischen Freunde nicht noch besonders auf die Nichtwürdigkeit dieser Gesinnung hinweisen, und daran erinnern, daß es eine Selbstverständlichkeit ist, nicht seinen ehrlichen Namen dazu herzugeben, um damit ein Dokument deutscher Schande zu unterschreiben.

Wir richten vielmehr an unsere Freunde in Stadt und Land die Bitte, ihrerseits dafür zu sorgen, daß kein anständiger Mensch, welcher Partei er auch angehören möge, sich dazu hergibt, eine Liste zu unterschreiben, die dazu dienen soll, den hohenzollern, denen das Deutsche Volk nur größten Dank schuldet, ihr Eigentum zu nehmen, das ihnen nach Recht und Gesetz gehört.

Man will durch die Erzwingung eines Volksentscheides Gesetz und Recht mit Füßen treten nach dem marxistischen Grundsatz: „Eigentum ist Diebstahl.“

Darum ist es Pflicht jedes aufrechten deutschen Mannes und jeder Frau, sich fern zu halten von diesem nichtswürdigen Treiben, das alles überbietet, was bisher in diesem heutigen Deutschland geschehen ist.

Deutsche, macht Euch nicht selbst ehrlos!

Deutschnationaler Volksverein

Stolp Stadt und Land.

Trauer-Kleidung

Fertige Kleider
Blusen, Kostüme
Trauer-Hüte
Schwarze Stoffe

Anfertigung nach Maß in kürzester Zeit.

Gustav Zeeck.

Paul Schmidt

Bahnspediteur

Fernruf 67 u. 68 Stolp i. Pom. Amtsstr. 34 u. 35a

Umzüge und Expeditionen jeder Art unter Garantie sorgfältigster Ausführung

Lagerung ganzer Wohnungs-Einrichtungen sowie einzeln. Gegenstände in massiven, trockenen Speichern

Massenlagerung von Waren aller Art Last-, Reise- und Luxusfahrwerke.

Ueber den Maurermeister Boul Pieper in Stolp ist heute die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses angeordnet. Aufsichtsperson: Maurermeister Walter Richmann in Stolp. Anmeldungen sind an die Aufsichtsperson, nicht an das Gericht zu richten
Stolp, den 26. Februar 1926.
Amtsgericht

Bettmöbelen

Befreigt, garant. sofort Alter und Geschlecht angeben

Auskunft gratis
Versandhaus Frauendank,
München 67 Tal 52.

Kirchliche Anzeigen.

St. Marien.

Donnerstag, den 4. März, abds. 8 1/4 Uhr Passionsandacht. Suptdt. Witte.

von Lettow-Borneste-Stift.
Donnerstag, den 4. März, nachm. 5 Uhr Gottesdienst

Superintendent Dr. Witte

St. Petri

Mittwoch, nachmittags 6 Uhr in der geheizten Kapelle

Passionsgottesdienst
Superintendent Plathe

Stadt-Theater

Fernruf 419.

Donnerstag den 4. März

abends 8 Uhr

Erstaufführung

„Schneider Wibbel“

Lustspiel in 5 Akten von

Hans Müller-Schlösser.

Freitag, den 5. März,

abends 8 Uhr

An der schönen Donau

Operette in 3 Akten

von Fritz Hartmann.

Sonntag, den 7. März

nachm. 1/24 Uhr

Kindervorstellung

„Einäuglein, Zweiäuglein,

Dreiäuglein“

zu billigen Preisen.

Abends 1/28 Uhr

An der schönen Donau

Operette in 3 Akten

von Fritz Hartmann.

Gut lochende
Vittoria-Erbfen
per Pfd. 20 Pf. bietet an
Carl Schröder,
Mittelstr. 43